

Kein Schelte der Weimarer Verfassung

Zypries mit Carl Schmitt: Eine Demokratiegeschichte

Die Neue Weimarhalle ist ein für die neunziger Jahre typisches Architekturensemble mit der obligatorischen Travertinverkleidung am Nordrand der Weimarer Innenstadt. Bis 1997 stand hier die alte Weimarhalle, ein Bau der Neuen Sachlichkeit, eingeweiht beim letzten Staatsakt der Weimarer Republik, der Goethefeier 1932. Die alte Halle stand unter Denkmalschutz, musste aber wegen schwerer Mängel in der Statik abgerissen werden.

So erzählt man traditionell auch die Geschichte der Ablösung der Weimarer Reichsverfassung durch das Grundgesetz. Auf der Konferenz „Die Weimarer Verfassung: Wert und Wirkung für die Demokratie“, zu der die nach dem ersten Reichspräsidenten benannte Parteistiftung der SPD in die Weimarhalle geladen hatte, beurteilte man die Statik des Untersuchungsgegenstandes freundlicher. Zur Eröffnung würdigte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries mit deutlichen Worten die „unterschätzte Verfassung“. Viel ministeriales Lob gab es für den zweiten Hauptteil der Reichsverfassung, der, freilich juristisch schwer zu fassende, soziale Grundrechte enthielt; und auch eine Definition der sozialen Marktwirtschaft wollte die Ministerin gefunden haben.

Dass die Weimarer Republik nicht an ihrer Verfassung, einer „guten Verfassung in schlechter Zeit“, scheiterte, ist mittlerweile ein Gemeinplatz. Als Frau Zypries einem „staatsrechtlichen Positivismus“ die Schuld am Untergang der ersten Republik gab, relativierte sie damit freilich ihr Lob und fand sich in einer wohl nicht beabsichtigten Nähe zu Carl Schmitt. Oder doch nur zu ihrem Parteifreund Hermann Heller?

Unbestritten sind die Wirkungen der Weimarer Verfassung auf das Grundgesetz, über die Christoph Gusy (Bielefeld) temperamentvoll referierte. Zunächst waren es vordergründig negative; lange musste die Weimarer Verfassung als „Negativfolie“ in der juristischen Diskussion dienen. Für Gusy war dies „eine Distanzierung von einer Verfassung, die es so nie gegeben hat“. Schuldzuweisungen an eine Verfassung, die sich nicht wehren kann, seien oft der bequemste Weg gewesen, von eigenem Versagen abzulenken. Nur wenige Abgeordnete des Parlamentarischen Rates, darunter Theodor Heuss, hätten vor solchen entlastenden Konstruktionen gewarnt. Tatsächlich weist das Grundgesetz, etwa im Gesetzgebungsverfahren, durchaus Parallelen zu Weimar auf. Die Fünfprozenthürde, oft als unmittelbare Reaktion auf Weimar gedeutet, wurde dagegen erst 1953 eingeführt, obwohl die erste Bundestagswahl 1949 eine „knappe, aber stabile Mehrheit“ erbracht hatte.

Gusy erwähnte als „Gespenst an der Wiege des Grundgesetzes“ die Volksgesetzgebung. Unter dem etwas anachronistischen Titel „Mehr Demokratie wagen!“ beschrieb Markus Llanque (Augsburg) die großzügigen „demokratischen Mitwirkungsrechte“ der Reichsverfassung. Der Präsident der Nationalver-

sammlung, der Sozialdemokrat Eduard David, bezeichnete deswegen die Verfassung von 1919 als „demokratischste der Welt“; das war auch als Abgrenzung von den westlichen Demokratien gemeint. Ohne jedes grundgesetzliche Misstrauen gegenüber dem Volk hofften die Weimarer Verfassungsgeber, mittels Volksabstimmungen und Volksentscheiden die Parlamentarier „erziehen“ zu können. Ein Erklärungsmuster für dieses Vertrauen in das Volk lieferte Wolfram Pyta (Stuttgart). Das Fronterlebnis habe Beschränkungen des Wahlrechts ad absurdum geführt, eine in den Schützengräben entstandene „Volksgemeinschaft“ wurde lagerübergreifend beschworen. Auch in anderen europäischen Staaten dürfe die Rolle des ersten modernen Krieges nicht unterschätzt werden; in England wurde unter der Losung „one man – one vote – one gun“ die Demokratisierung des Wahlrechts gefordert.

Die Wahl Weimars zum Tagungsort erklärte Heiko Holste (Berlin) wie schon in dieser Zeitung (F.A.Z. vom 10. Januar). Es war in erster Linie ein Signal an die süddeutschen Staaten. Nach dem Sturz der Monarchie bestand berechtigte Angst vor separatistischen Strömungen. Mit Weimar hatte man sich für einen Ort entschlossen, der weder in Preußen noch in Bayern lag. Insbesondere der um die Reichseinheit besorgte Föderalist Ebert hatte, anders als Hugo Preuß, auf einem „süddeutschen“ Tagungsort bestanden. Damit wurde eine „Entpreußung“ fortgeführt, der bereits in der letzten kaiserlichen Reichsregierung des Prinzen Max von Baden angelegt war, der mit seinem fast rein süddeutschen Kabinett die Personalunion des Reichskanzlers mit dem preußischen Ministerpräsidenten beendete.

Dass die Weimarer Verfassung mit ihren sozialen Grundrechten weiter gesehen habe als das Grundgesetz, behauptete Eberhard Eichenhofer (Jena). Die Bundesrepublik werde nicht umhinkönnen, soziale Grundrechte wie ein Recht auf Arbeit oder Wohnung zu kodifizieren, da diese „Grundrechte der zweiten Generation“ von der europäischen Grundrechtscharta vorgegeben seien. Dies blieb nicht unwidersprochen; der Ministerialbeamte Holste äußerte unter Berufung auf Carlo Schmid vorsichtige Skepsis, die wiederum vehementen Widerspruch von Gusy („Herr Holste, gehen Sie nicht unter Ihr Niveau!“) provozierte.

Als „wehrhafter Demokratie“ stellte Michael Dreyer (Jena) der Republik von Weimar ein gutes Zeugnis aus. Auch als Vorbild taugte sie hier; es wäre mit der Weimarer Verfassung einfacher, die NPD zu verbieten. Die erste Republik sei nicht am Volk oder der Verfassung gescheitert, sondern einem „schleichen Staatsstreich“ der Eliten zu Opfer gefallen. Wolfram Pyta als ein Historiograph der letzten Monate der Republik hielt Dreyer darauf vor, innovative Ansätze mit dem „alten Hut“ der Elitenverschönerung gegen die Republik zu vermeiden. MARTIN OTTO

Der Käse hat Struktur

Georges Didi-Hubermann und Carlo Ginzburg streiten

Dass das Ganze nicht die Summe der Teile ist, daran hat man sich gewöhnt. Trägt man, nur zum Beispiel, alle überlieferten Splitter vom Heiligen Kreuz zusammen, ergibt das einen halben Wald. Die eigentliche Frage aber lautet: Ist das Ganze nun mehr oder weniger als diese Summe? Geschichtstheoretisch gesprochen: Hat die Mikrogeschichte, die das Große im Kleinen sucht, oder die Makrogeschichte, die das Kleine im Großen verortet, die oberste Befehlsgewalt bei der Rückeroberung der Vergangenheit?

Es ist im Kern also doch die alte Frage: Ereignis oder Struktur? Bestimmen große Männer, große Ideen die Zeitläufe von oben herab? Oder sind es die von unten kommenden Mentalitäten? Findet im Alleinherrscher nur die Masse zur Macht, in der Kultur der Kult? Dass die Mikro-Makro-Frage nie geklärt wurde, hält natürlich nicht davon ab, weiter darüber zu sinnieren. Jetzt diskutierten in der Berliner Akademie der Künste der Historiker Carlo Ginzburg von der Scuola Normale Superiore in Pisa und der Kunsthistoriker Georges Didi-Hubermann von der Pariser Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales über die „Akteure der Geschichte“. Die beiden prominenten Forscher sind Ehrenmitglieder des Zentrums für Literatur- und Kulturforschung, das den Schlagabtausch initiierte.

Erstaunlicherweise kritisierte nun Ginzburg, der mit dem bahnbrechenden Werk „Der Käse und die Würmer“ (1976) die Mikrogeschichte erst begründet hat, seinen Kontrahenten ganz entschieden dafür, ein Loblied auf diese Forschungsrichtung zu singen. Mit rhetorischem Aufwand nämlich hatte Didi-Hubermann die nur im Plural existierenden, namenlosen Statisten der Welt-, Kunst- und Filmgeschichte aufmarschieren lassen. Der Historiker müsse, mit Benjamin gesprochen, dieser dunklen Masse die Identität zurückgewinnen.

Diese Auffassung vertritt sich zwar auf den ersten Blick mit Ginzburgs vorangegangenen Statement, wonach die anonyme „Multitude“ alle siebentorigen

Thebens nicht nur erbaut, sondern auch wieder eingerissen hat, so etwa vor zwanzig Jahren gleich hier, vor den Fenstern der Akademie. Aber Ginzburg wollte just auf die Unterkomplexität dieser Perspektive hinaus. Auch Medien und Machtapparate seien schließlich am Mauerfall beteiligt gewesen, beides auf komplizierte Weise mit den Einzelnen verschaltet. Was Didi-Hubermann vertrete und er selbst dreißig Jahre zuvor entwickelt habe, den Vergessenen eine Stimme geben, das sei jedoch allenfalls ein erster Schritt. Wer an dieser Stelle stehenbleibe, betreibe eine ideologische Projektion der Gegenwart in die Vergangenheit. Man müsse doch erklären, warum die Namenlosen namenlos blieben: die Strukturen also. Andeutungsweise skizzierte Ginzburg das ambitionierte Projekt einer kognitiven Geschichtswissenschaft, welche dem Unbewussten eine tragende Rolle zuweist. Geschichte müsse ganz neu gedacht werden: „Wir wissen so wenig darüber, wie komplex Ereignisse sind.“

Von so viel Innovationspathos überpumpt, konnte Didi-Hubermann nur noch einmal betonen, dass er an seinem vor einigen Jahren entwickelten Konzept des heuristischen Anachronismus festhalte, weil sich in jedem Bild wie in jedem Ereignis Traditionen verschiedener Zeiten überlagerten. Der Schlüssel zu einem Sachverhalt liegt demnach immer in der zeitlichen Nähe desselben: Anamnese als Methode. Dass man die Sieger nicht ausblenden könne, sei selbstverständlich. Von völlig unverständener Komplexität war nun auch hier die Rede. Überhaupt wurde immer unklarer, was denn nun genau der Streitpunkt war. Ganz zu schweigen von der Frage, was die Geschichtswissenschaft durch einen neuerlichen Aufwuchs der unfruchtbaren Mikro-Makro-Debatte gewinnt.

Nach so viel Mikroereignis im Schatten des Brandenburger Tores siegte schließlich die Struktur: Es sei ja nun mindestens eine Reihe von Workshops nötig, resümierte der Moderator Martin Tremel den Abend. OLIVER JUNGEN



Petrarca lebt hier nicht mehr: Blutkonserven rufen kein Bild der innigen Liebeslyrik auf, sondern wecken den Doping-Verdacht.

Foto Ulrich Baumgarten/vario images

Vampire, zur Ader gelassen

Was verbindet Doping, die Legende um den Heiligen Gral, tibetische Pulsdiagnostik und die Liebesdichtung der Renaissance? Das Blut. Die von Christine Knust zu diesem Stoff konzipierte Tagung erfrischte durch einen brückenschlagenden Ansatz, der von der Sportphysiologie bis zur Religionswissenschaft reichte, von der Kunstgeschichte und Literaturwissenschaft bis zur medizinischen Ethnologie. Gastgeber war das Institut für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin der RWTH Aachen, die wohl größte Einrichtung ihrer Art in Deutschland.

Die Manipulation des Bluts scheint inzwischen konstitutiv für den Hochleistungssport zu sein. In der Doping-Branche ist Doping ein anderes Wort für die Dummheit desjenigen, der sich erwischt lässt. Man hat mit dieser Deutung sogar die Etymologie auf seiner Seite. Dop, ein afrikanisches Wort aus der Kaffersprache, bezeichnet einen starken Schnaps, das dazugehörige Adjektiv „dopy“ steht für benebelt, duselig und dämlich. Wolfgang Jelkmann, bekannter Sportphysiologe aus Lübeck, sprach über Mythos und Realität von Blutdoping. Ihm würde übrigens heutzutage eine Karriere im Hochleistungssport verwehrt bleiben, nicht weil er dopen würde, sondern weil er aus genetischen Gründen über einen zu hohen Hämoglobinwert verfügt.

Zwischen Hochleistungssportlern und den Anti-Doping-Behörden entwickelt sich eine merkwürdige Rechtssphäre, die durch Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte geprägt ist. So muss der Sportler der Anti-Doping-Behörde permanent mitteilen, wo er sich gerade befindet. Der belgische Radsportler Kevin van Impe wurde von einem Anti-Doping-Beauftragten zu einer Urinprobe gezwungen, als er die Beerdigung seines Sohnes vorbereitete. Jelkmann beklagte zudem die Tatsache, dass in Deutschland Ärzte, die sich an Doping aktiv beteiligen, keine Sanktionen befürchten müssen.

Altäre und Liebeswerben, christliche Legenden und griechische Mythen kommen ohne den ganz besonderen Saft nicht aus: Eine Aachener Tagung fragt nach der kulturellen Bedeutung des Blutes.

Arno Müller (Maastricht) zeigte, wie problematisch es ist, beim Blutdoping zwischen künstlichem und natürlichem Sport zu unterscheiden, so wie es nicht ohne Naivität die World Anti-Doping Agency vorschreibt. In deren Bestimmungen heißt es, dass Doping gegen den Geist des Sports, gegen Fairness und Gesundheit verstoße. Die Wertbegriffe übertreffen einander in Dehnbarkeit. So sei es fraglich, ob Leistungssport überhaupt gesund sei. Auch der Verweis auf Fairness erweist sich als schwammig. Von gleichen Ausgangsbedingungen für Athleten kann keine Rede sein, wenn einem Spitzenathleten aus einem wohlhabenden Verein ein teures, aber erlaubtes Höhenstraining in Kolumbien ermöglicht, das weitaus billigere und damit für mittellose Sportler attraktive Blutdoping mit Epo (Erythropoietin) aber an den Pranger gestellt wird und daher strikt verboten ist. Dabei haben beide Methoden die gleichen Auswirkungen: Die Leistung wird durch Vermehrung roter Blutkörperchen gesteigert.

Die metaphorische Wirkung des Wortes „Blut“ in der Liebeslyrik der Renaissance und des Barock stand im Zentrum des Vortrags von Ursula Hennigfeld (Freiburg im Breisgau). Für den Dichter war Blut das Zeichen unerfüllter Liebe. In Pe-

trarcas „Canzoniere“, dem oft nachgeahmten Musterbuch der Liebeslyrik, wird die Liebe dargestellt als bitter-süße Krankheit, die zur Melancholie führt. Auf der anderen Seite schrieben Dichter der Renaissance aus eigenem Herzblut, kraft individueller kreativer Potenz. Wie heterogen sich die Einstellung zum Blut gestalten kann, zeigte Katrin Seele (Basel) am Beispiel von hinduistisch geprägten Kulturen Indiens. Während das gespendete Blut als sauber gilt, ist Menstruation schmutzig und gefährlich. Im Land der heiligen Kühe galt der Kuhdung als reiner denn der Speichel der Menstruierenden.

Walter Bruchhausen (Bonn) machte mit seiner Feldforschung in Tansania vertraut und kam zum eher unerwarteten Befund, dass im traditionellen Afrika Blut keineswegs so wichtig genommen wurde. In einer Kultur, in der engste Sozialbeziehungen mit Geistern gepflegt wurden, habe es allenfalls als Medium, nicht als Heils substanz selbst gegolten. Das Suaheli-Wörterbuch hat mit „mumiani“ einen Eintrag für Mumie. Damit wird eine einbalsamierte Leiche bezeichnet, aber auch eine dunkelfarbige, gummiartige, aus Persien stammende Substanz, die man trinken kann. Man sagt, es handle sich dabei um geronnenes Blut Ermordeter, wobei sich ältere Vorstellungen mit neuen Erfahrungen zu hybriden Deutungen verbinden. Kolonialherren wurden als Blutsauger betrachtet, die es auf den Saft der Einheimischen abgesehen hatten, um daraus Heilmittel herzustellen. Rote Feuerwehrautos mutierten zu kriegerischen Fahrzeugen des Blutraubs; daher bedeutet „wazimamoto“ nicht nur Feuerlöscher, sondern auch Blutsauger. Letztlich resultiert die Aufwertung des Blutes in Ostafrika aus dem Kontakt mit arabischen und europäischen Medizinern. Die medizinischen Begriffe – auch „damu“ für Blut – sind meist arabischen Ursprungs. In Ostafrika war somit Blut zunächst nicht der besondere Saft, er ist es erst im Rahmen der Globalisierung geworden.

Wie man Wahlergebnisse herbeibombt

Der Kulturanthropologe Engseng Ho stellt in Leipzig das Kommunikationsmodell des Terrorismus vor

Durch den Hörsaal der Politikwissenschaftlichen Fakultät in Leipzig hallt die Stimme von Usama Bin Ladin. Engseng Ho hat sie mitgebracht, als etwas seltsame Gratulantin zum Leipziger Universitätsjubiläum. Vor sechshundert Jahren wurde die Hochschule gegründet, und aus diesem Anlass findet noch den ganzen Sommer über die Vorlesungsreihe „Riskante Ordnungen“ statt, die sich mit neuen Formen des Regierens beschäftigt. In ihrem Rahmen sprach auch Ho, der als Kulturanthropologe an der amerikanischen Duke University lehrt und sich vor allem mit dem nach dem 11. September 2001 wieder populär gewordenen Begriff des „Imperiums“ beschäftigt.

Was aber hat Usama Bin Ladin mit neuen Formen des Regierens zu tun? Ho stellte seine Ausführungen unter den Titel „Ballots for Bombs“ – Abstimmungen über Bomben. Im Mittelpunkt seines provokierenden Vortrags stand eine Videobotschaft, die Bin Ladin eine Woche nach den Bombenanschlägen von Madrid, die am 11. März 2004 mehr als 190 Tote forderten, auf dem arabischen Fernsehsender Al Dschazira ausstrahlen ließ. Darin proklamierte er die Attentate als Offerte an das spanische Volk, über die Beteiligung seines Landes am Irak-Krieg abzustimmen. Und da der bisherige Premierminister Aznar in der Parlamentswahl vom 14. März 2004 ja auch abgewählt worden

sei, werde man fortan die Angriffe auf Spanien einstellen. In der englischen Übersetzung der im Original arabischen Botschaft ist die Rede von „truce“, Waffenstillstand.

Diese Formulierung nahm Ho auf, um das Verhältnis von Staaten zu Terroristen zu bestimmen – und umgekehrt. Ein Waffenstillstand oder gar ein Frieden kann wie ein Krieg seit den Regelungen des Westfälischen Friedens von 1648 nur durch Staaten geschlossen werden. Wie aber ist dann mit terroristischen Aktivitäten umzugehen, die im Falle des 11. Septembers ja von den Vereinigten Staaten selbst als kriegerische Angriffe betrachtet werden, die denn auch mit dem von Präsident Bush ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“ beantwortet worden sind? Wäre es dann nicht konsequent, Organisationen wie Al Qaida einen staatsähnlichen Rang zuzusprechen, der es ihnen ermöglichte, unmittelbar mit Staaten über Krieg und Frieden zu verhandeln?

Ho sprach sich eindeutig dafür aus – auch weil es sonst keinen Frieden mit Terroristen geben werde. Dabei aber stelle sich die Frage der Repräsentation: Für wen steht Al Qaida? Eine demokratische Legitimation hat diese Organisation nicht aufzuweisen, deshalb, so Ho, setzt sie vor allem auf Medienrepräsentation. Umso erster aber müsse man die Videobotschaften von Bin Ladin und anderen Terroristenführern nehmen.



Usama Bin Ladin auf einem Video, das Al Dschazira 2004 ausstrahlte

Foto AP

Beachtung fänden. Ho nannte in diesem Kontext vor allem frühere Terrorakte wie die Attentate auf die amerikanischen diplomatischen Vertretungen in Tansania und Kenia 1998. Wenn das aber auch kommunikative Akte im Sinne von Ho sein sollen, dann ist es eine seltsame Art des Gesprächs, das Al Qaida in Gang bringen möchte: Nicht Worte kommen erst einmal zum Einsatz, sondern Bomben.

Da Ho die Parlamentswahl vom 14. März 2004 als erste Antwort Spaniens auf die vorangegangene Bombenbotschaft deutet, schließt er sich Usama Bin Ladins Interpretation an, nun sei ein bilaterales Gespräch eröffnet, weshalb Al Qaida einseitig Waffenstillstand verkünden könne. Ho übersieht aber sowohl die propagandistische Zielsetzung dieses Angebots als auch dessen perverse Argumentation, erst die Bomben von Madrid hätten die Frage des spanischen Irak-Engagements überhaupt zur Wahl gestellt. Jene neunzig Prozent der Spanier, die sich schon vor den Anschlägen gegen den Einsatz ihres Militärs im Irak ausgesprochen hatten, brauchten doch keinen Terroristen als Wahlhelfer. Und wie es um die stillschweigende Akzeptanz des Waffenstillstands aussah, die Ho auf spanischer Seite anzunehmen scheint, zeigt die Razzia von Leganés am 3. April 2004, bei der sich sieben der Attentate Verdächtige schließlich selbst in die Luft sprengten. ANDREAS PLATTHAUS